



Aktuelle Informationen aus dem Parlament

74. NR-Sitzung – Mittwoch, 15. Mai 2019, 09.00 Uhr

Die Plenartage starteten mit einer Aktuellen Stunde zum Thema Artensterben und Klimakrise und der daran anschließenden Aktuelle Europastunde im Zeichen der kommenden Wahlen zum EU-Parlament und der Zukunft der EU. Einer der Schwerpunkte war der Nationale Bildungsbericht, der mit seinen rund 900 Seiten genügend Stoff für eine umfassende Beleuchtung anstehender bildungspolitischer Fragen bietet. Zur Diskussion standen außerdem das Kopftuchverbot an den Volksschulen, die Herbstferien und die Eingliederung des BIFIE in das Bildungsministerium.

TAGESORDNUNG

TOP 1: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (110 d.B.): Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung geändert wird (598 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Mit diesem Gesetz werden einerseits das Staatsziel „Umweltschutz“ und andererseits die ArbeitnehmerInnenrechte eingeschränkt bzw. gefährdet. Während in Europa Umwelt- und Klimaschutz gestärkt werden sollen, macht die österreichische Regierung das Gegenteil.

Botschaft: Umweltschutzinteressen nicht durch ein neues Staatsziel „Wirtschaftsstandort“ gefährden!

TOP 2: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (592 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das KommAustria-Gesetz geändert wird (597 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, dagegen: J

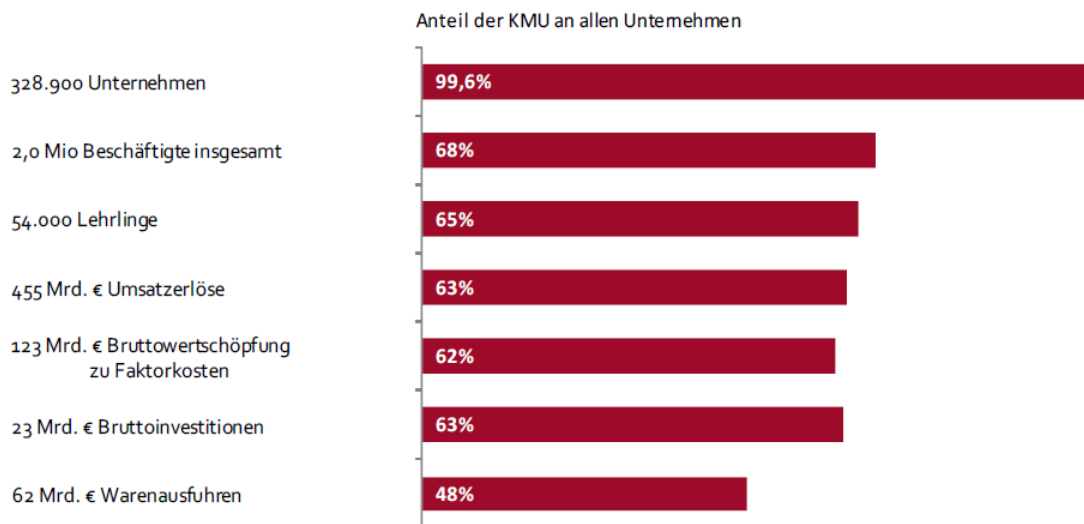
Inhalt: 2009 wurde bei der RTR-GmbH ein Fonds zur Förderung des privaten Rundfunks eingerichtet, der bisher mit 15 Mio. € dotiert war. Dieser soll auf 20 Mio. € aufgestockt werden. Nutznießer dieser Förderung sind z.B. ATV (ATV Aktuell, Mein Recht), Krone.TV (Krone-News, Talkshow Brennpunkt), oe24.tv (News des Tages), Puls 4 (Pro und Contra, News) oder Servus TV (Nachrichten) und zahlreiche Regionalsender.

TOP 3: Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie und Energie über den Mittelstandsbericht 2018 der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (III-232/529 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Wichtigste Fakten daraus (beziehen sich alle auf letzte GP!)

Grafik 12 Überblick über die KMU 2016



- Innerhalb der KMU sind der Handel, die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, die Beherbergung und Gastronomie, der Bau sowie die Herstellung von Waren die fünf größten Sektoren.
- Insgesamt zeigt sich bei den KMU im langfristigen Vergleich (2008-2016) eine stabilere und bessere Entwicklung als bei den Großunternehmen (Beschäftigte: +0,8%, Umsatzerlöse: -1,4%); KMUs: +9,4% Beschäftigte, Umsatz +12,3%; Anzahl der KMUs um fast 10% gestiegen.
- Die Anzahl der Lehrlinge ist zwischen 2008 und 2016 in allen Größenklassen deutlich zurückgegangen (KMU insgesamt: -30,3%).
- 2016 sind rund 120.500 Unternehmen, also 36% aller Unternehmen, der marktorientierten Wirtschaft EPU.
- Im Jahr 2017 führten laut Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria rd. 116.800 EPU eine selbständige als auch unselbständige Tätigkeit aus („Hybridunternehmen“).
- Digitalisierung bewirkt wesentliche Veränderung des unternehmerischen Umfelds: aktuell sind bereits drei Viertel der Unternehmen stark vom Fachkräftemangel betroffen.

Botschaft: Mit der geplanten Steuerreform beweist die Regierung für wen sie Politik macht: die Großkonzerne und Kurzspender, während die KMUs vergeblich warten.

TOP 4: Bericht des Unterrichtsausschusses über den Nationalen Bildungsbericht Österreich 2018 des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung (III-268/611 d.B.)**ABSTIMMUNG:** Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Der Umgang mit unterschiedlichen Potentialen, die Kosten im Bildungsbereich und die Verteilung der Schülerströme sind drei der zentralen bildungspolitischen Themen, die der 900-seitige Bildungsbericht behandelt. Auf Grundlage nationaler und internationaler Studien soll darin eine Gesamtschau des heimischen Bildungsbereichs vermittelt werden.

Beurteilung: Die aktuelle Regierungspolitik wird Herausforderungen im Bildungssystem – etwa soziale Nachteile vergrößern, anstatt sie zu bekämpfen.

Botschaft: Kürzung der Mittel für Integration, Kürzung der SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen, alles was Probleme macht, wird weggesperrt (Stichwort Time-Out Klassen).

TOP 5: Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 495/A der Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz, Karl Nehammer, MSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird (612 d.B.)**ABSTIMMUNG:** Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Die Gesetzesnovelle zielt auf ein reines Kopftuchverbot bzw. ein Tragen einer Kopfbedeckung, die weltanschaulich oder religiös geprägt ist, für unter 10- Jährige ab.

Beurteilung: ExpertInnen sehen eine Einführung eines Kopftuchverbotes als einzelne Maßnahme nicht zielführend.

Botschaft: Niemand will, dass Mädchen gezwungen werden ein Kopftuch tragen zu müssen. Das Verbot als Einzelmaßnahme wird das Problem nicht lösen. Was es also braucht ist ein Gesamtpaket.

TOP 6: Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (595 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Schulzeitgesetz 1985 geändert wird (613 d.B.)**ABSTIMMUNG:** Dafür: V, F, N, J, dagegen: S

Inhalt: Das Schulzeitgesetz, schreibt einheitliche Herbstferien in ganz Österreich vor.

Beurteilung: Von der SPÖ wurde die Vereinheitlichung schulfreier Tage grundsätzlich begrüßt. Wir sehen allerdings noch einige ungeklärte Fragen bei der Umsetzung und stimmten daher im Ausschuss gegen die Gesetzesnovelle.

Botschaft: Wir sind nicht gegen diese Variante, jedoch muss das Bundesministerium die Problematik der Ferienbetreuung für berufstätige Eltern und AlleinerzieherInnen erkennen. Einheitliche Regelungen sind im Sinne der Planbarkeit zu befürworten. Nachdem nun Herbstferien geschaffen wurden, muss es zu einem massiven Ausbau der Ferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler kommen. Der Bund darf sich hier nicht aus der Verantwortung stellen und muss finanzielle Mittel für die Ferienbetreuung zur Verfügung stellen.

TOP 7: Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (596 d.B.): Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Einrichtung eines Institutes des Bundes für Qualitätssicherung im österreichischen Schulwesen und die Eingliederung des Bundesinstitutes für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens erlassen und das Bundesgesetz über die Einrichtung eines Bundesinstitutes für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens geändert wird (614 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Zur Sicherung verlässlicher Evidenzen bei den Erhebungen zur Leistungsfähigkeit von Schulen und SchülerInnen schlägt die Regierung den Ersatz des ausgelagerten BIFIE durch ein neu zu schaffendes Qualitätssicherungsinstitut (IQS) vor, das im Bildungsministerium verankert sein soll.

Beurteilung: Keines der ins Treffen geführten Argumente zur Eingliederung ist zutreffend. Auch von Experten kommt Kritik. Es geht um Message-Control, und die spielt im postfaktischen Zeitalter eine große Rolle.

Botschaft: Für die SPÖ ist das ein klarer Verlust der Unabhängigkeit bei der wissenschaftlichen Forschung im Bildungsbereich, die ganz nach dem Vorbild Statistik Austria als „Message control“ der Regierung zu bewerten ist.

TOP 8: Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 723/A der Abgeordneten MMMag. Gertraud Salzmann, Wendelin Mölzer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz und das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966 geändert wird (615 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

→ **siehe Bereich REDEN**

TOP 9: Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 708/A(E) der Abgeordneten Mario Lindner, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Zeitgemäße Sexualpädagogik im Schulunterricht!" (616 d.B.)

ABSTIMMUNG: mehrstimmig (dafür: V, F; dagegen: S, N, J; nicht anwesend: N)

Inhalt: Die Workshops des Vereins "Teen Star" an Schulen sollen umgehend untersagt werden.

Botschaft: Nur auf Grund des Drucks der Opposition ist es gelungen in dieser Causa wachzurütteln. Ansonsten würden in Sachen Sexualkunde weiterhin ungebremst Ansichten aus dem Mittelalter an unseren Schulen verbreitet werden!

TOP 10: Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 755/A(E) der Abgeordneten Mario Lindner, Kolleginnen und Kollegen betreffend Frauen*Volksbegehren 2.0 - Sensibilisierungsprogramme zum Thema Gewaltschutz und Antigewalttrainings (617 d.B.)

ABSTIMMUNG: mehrstimmig (dafür: V, F; dagegen: S, J; nicht anwesend: N)

Inhalt: Im Sinne des Frauenvolksbegehrens appellieren wir an die Regierung, ressortübergreifend die Sensibilisierungsprogramme zum Thema Gewaltschutz zu stärken.

Botschaft: Gewalt an Schulen ist gerade auf Grund der aktuellen Vorfälle ein dringendes Problem. Die einzige Antwort der Regierung: Wegsperrern in Time-Out-Klassen anstatt sinnvolle Maßnahmen zu setzen.

TOP 11: Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 756/A(E) der Abgeordneten Mario Lindner, Kolleginnen und Kollegen betreffend Frauen*Volksbegehren 2.0 - Sicherstellung und Finanzierung von sexueller Bildung (618 d.B.)

ABSTIMMUNG: mehrstimmig (dafür: V, F; dagegen: S, J; nicht anwesend: N)

Inhalt: Speziell an BM Faßmann herangetragen wird das Anliegen im Frauenvolksbegehren, flächendeckende Bildungsangebote zu den Themen Sexualität, Verhütung und Schwangerschaftsabbruch in den Schulen zu implementieren. Die Finanzierung damit betrauter externer Anbieter und Beratungsstellen sei sicherzustellen.

TOP 12: Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 677/A(E) der Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen betreffend Medienkompetenz in der Erwachsenenbildung zum Aufbau einer resilienten Gesellschaft (619 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Desinformationskampagnen vulgo "Fake News" sind in den Augen von Hoyos-Trauttmansdorff eine reale Gefahr für vermeintlich stabile demokratische Systeme. Dem Bildungsbereich komme bei der Bekämpfung von Manipulationsversuchen große Bedeutung zu, da medienkompetente BürgerInnen die Grundlage für eine gegen Fehlinformation widerstandsfähige Gesellschaft seien.

Botschaft: Dass die Regierungsparteien diesen Antrag ablehnen, beweist, wie diese Regierung arbeitet: die FPÖ setzt selbst auf „Fake News“ und Einschnitte bei der Pressefreiheit, deshalb will sie auch nichts dagegen tun. Dass BM Faßmann hier zuschaut ist traurig!

76. NR-Sitzung – Donnerstag, 16. Mai 2019, 09.00 Uhr

Der zweite Plenartag startete mit einer Fragestunde mit Innenminister Herbert Kickl. Nach Landwirtschaftsthemen widmeten wir uns Rechnungshofberichten zur heimischen Verkehrspolitik. Auf der Tagesordnung standen zudem Bürgeranliegen.

TAGESORDNUNG

TOP 1: Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über die Regierungsvorlage (594 d.B.): Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen Gesellschaft mit beschränkter Haftung erlassen (BBU-Errichtungsgesetz – BBU-G) und das BFA-Verfahrensgesetz, das Asylgesetz 2005 und das Grundversorgungsgesetz – Bund 2005 geändert werden (621 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Derzeit erfolgt die Erstbetreuung von Flüchtlingen, die in Österreich einen Asylantrag stellen, in von privaten Unternehmen geführten Einrichtungen des Bundes. Auch die Rechts- und Rückkehrberatung für AsylwerberInnen ist an externe Leistungserbringer - vorrangig NGOs - ausgelagert. Beides soll sich nun ändern. Die Regierung plant die Einrichtung einer Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU).

Beurteilung: Unabhängige Rechtsberatung wird massiv in Frage gestellt.

TOP 2: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (593 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Weingesetz 2009 geändert wird (603 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

→ **Siehe Bereich REDEN**

TOP 3: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag (171/A(E)) der Abgeordneten Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend mehr Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit für die kommende GAP-Förderperiode 2020+ (604 d.B.)

Antrag 171/A(E) im Volltext:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00171/imfname_685906.pdf

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

→ **Siehe Bereich REDEN**

TOP 4: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag 409/A(E) der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek, Kolleginnen und Kollegen betreffend verbindliche Vorgaben für die Mitgliedsstaaten zur Verwendung von Fördermitteln für soziale Dienste sowie Mobilität im ländlichen Raum sowie für einen eigenen Frauenförderschwerpunkt in der nächsten Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2021 (605 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

→ Siehe Bereich REDEN

Antrag im Volltext:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00409/imfname_715653.pdf

Botschaft: Die Gelder der GAP müssen zum Aufschwung des gesamten ländlichen Raumes beitragen!

TOP 5: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag (530/A(E) der Abgeordneten Ing. Maurice Androsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend europaweite Erhöhung der Tierschutzstandards durch tierwohlgerechten Einsatz der öffentlichen Fördermittel der Gemeinsamen Agrarpolitik (606 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Antrag im Volltext:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00530/imfname_726323.pdf

Botschaft: Die nächste GAP-Periode muss mehr Tierschutz bringen und das europaweit!

TOP 6: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag (774/A(E) der Abgeordneten Dipl.-Ing. Georg Strasser, Maximilian Linder, Kolleginnen und Kollegen betreffend Sicherstellung der Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sowie Weiterentwicklung der bestehenden GAP-Instrumente in der neuen Periode (607 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Antrag im Volltext:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00774/imfname_749490.pdf

Botschaft: ÖVP und FPÖ wollen große landwirtschaftliche Betriebe ohne Umweltauflagen weiterhin zentral fördern! ÖVP und FPÖ verhindern ein europaweites Sofortverbot von Glyphosat und dem Nervengift Chlorpyrifos! Wir fordern eine Deckelung der Flächenzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe bis höchstens 25.000 € Direktförderung und eine Umverteilungsprämie von zusätzlich 100 €/Hektar für die ersten 20 Hektar. Mehr Verteilungsgerechtigkeit in der nächsten GAP! Mehr Gelder für soziale, digitale Dienstleistungen und Mobilität in den ländlichen Regionen, damit es endlich zu einem Aufschwung im ländlichen Raum insgesamt kommt! Mehr Tierschutz europaweit durch die nächste GAP, wie es der EU-Rechnungshof fordert. Pestizide-Reduktion und Bio-Wende müssen als weitere Hauptziele der GAP gelten!

TOP 7: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Petition (5/PET) betreffend "WOLF - AUSNAHMEREGLUNG Antrag gemäß "Fauna Flora Habitat - Artikel 16 b und c", überreicht von der Abgeordneten Martina Diesner-Wais (608 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, J, dagegen: S

Der Wolf ist ein Teil der Artenvielfalt in Österreich. Die zu behandelnden Petitionen streben einen verminderten Schutz des Wolfes bzw. wolfsfreie Bundesländer Salzburg und Tirol an.

Die Ausbreitung des Wolfes in Österreich und europaweit ist seit geraumer Zeit bekannt. Angriffe durch Wölfe auf Menschen sind nicht dokumentiert, LandwirtInnen weisen auf gerissene Schafe hin. BM Köstinger teilte mit, dass das verstärkte Auftreten der Wölfe aus ihrer Sicht problematisch sei. Ein neues österreichisches Zentrum für Wolf, Luchs und Bär solle Informationen aus den Ländern besser bündeln, um auf die Situation entsprechend reagieren zu können.

TOP 8: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft zur Petition [\(7/PET\)](#) betreffend "WOLF - Petition für ein wolfsfreies Tirol", überreicht vom Abgeordneten Hermann Gahr (609 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, J, dagegen: S

siehe TOP Petition betreffend "WOLF - AUSNAHMEREGLUNG Antrag gemäß "Fauna Flora Habitat - Artikel 16 b und c", überreicht von der Abgeordneten Martina Diesner-Wais [\(5/PET\)](#)

TOP 9: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft zur Petition [\(11/PET\)](#) betreffend "Petition für ein wolfsfreies Salzburg", überreicht vom Abgeordneten Franz Leonhard Eßl [\(11/PET\)](#)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, J, dagegen: S

siehe TOP Petition betreffend "WOLF - AUSNAHMEREGLUNG Antrag gemäß "Fauna Flora Habitat - Artikel 16 b und c", überreicht von der Abgeordneten Martina Diesner-Wais (610 d.B.)

TOP 10: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Verkehrsinfrastruktur des Bundes - Strategien, Planung, Finanzierung - Reihe Bund 2018/33 (III-157 d.B./ 599 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Der RH überprüfte im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie die Strategie zum Ausbau und die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur Schiene, Straße, Wasser. Der überprüfte Zeitraum umfasste bei der Strategie zum Ausbau der hochrangigen Verkehrsinfrastruktur die Jahre 2002 bis 2015, bei der Finanzierung die Jahre 2011 bis 2015.

Botschaft: Wichtigstes Ziel bleibt die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene.

TOP 11: Bericht des Rechnungshofes betreffend Nachkontrollen gemäß Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz bei Bundesstraßen - Reihe BUND 2019/13 (III-265/601 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Der RH überprüfte von Februar bis Juli 2017 die Gebarung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, der ASFINAG Bau Management GmbH und der ASFINAG Service GmbH, des Landes Niederösterreich, der Stadt Wien sowie der Umweltbundesamt GmbH im Zusammenhang mit Nachkontrollen gemäß Umwelt-

verträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 (UVP–G 2000) bei Bundesstraßen. Ziele der Gebarungsüberprüfung waren die Darstellung der rechtlichen Grundlagen für die Nachkontrollen und die Beurteilung der Organisation, der Abwicklung der Kontrollen in der Betriebsphase, der Überprüfung der Annahmen und Prognosen der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), der Überprüfung der Einhaltung der UVP–Auflagen bei ausgewählten Bundesstraßen sowie der Ausgaben für Auflagen und Kontrollen in der Betriebsphase.

Botschaft: Keine Erhöhung des Geschwindigkeitslimits für LKWs in der Nacht

TOP 12: Bericht des Rechnungshofes betreffend Ticket-Vertriebssystem der ÖBB Personenverkehr AG Reihe BUND 2018/66 (III-225/600 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

Inhalt: Der RH überprüfte von März bis September 2017 die Gebarung der Österreichischen Bundesbahnen– Holding AG (ÖBB– Holding AG) und der ÖBB– Personenverkehr AG sowie des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie hinsichtlich des Ticket– Vertriebssystems (ÖBB– Ticketshop) der ÖBB– Personenverkehr AG.

Botschaft: Die SPÖ ist grundsätzlich für eine konsumentenfreundliche, einfache und zentrale Ticketvergabe für alle öffentlichen Verkehrsmittel.

TOP 13: Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen über die Petition Nr. 6 sowie über die Bürgerinitiativen Nr. 43, 55 und 57 (602 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Der Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen enthält jene Initiativen, die entweder einem Fachausschuss zugewiesen oder zur Kenntnis genommen wurden. Das Themenspektrum des vorliegenden Berichts ist breit gefächert und reicht von der neokonservativen Forderung nach „Keine Ehe für Alle“, dem Wunsch nach der raschen „Umsetzung einer Übergangsfinanzierung für Holzkraftwerke zur Bewältigung der anfallenden Holzmassen im Zuge der aktuellen Borkenkäferkatastrophe“ bis hin zur Forderung nach der „Ausarbeitung eines verbindlichen Fahrplans zum Umstieg auf tierversuchsfreie Forschung, Testung und Ausbildung“.

Botschaft: SPÖ tritt im Parlament für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ein.

TOP 14: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Magistratischen Bezirksamts für den 1./8. Bezirk um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Gerald Loacker (.... d.B.)

ABSTIMMUNG: mehrstimmig (dafür: V, S, F, tlw. N, J)

TOP 15: Erste Lesung des Antrags 773/A der Abgeordneten Dr. Alfred J. Noll, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundesverfassungsgesetz (B-VG) geändert wird

Keine Abstimmung

REDEN

15.5.2019

TOP 8: Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 723/A der Abgeordneten MMMag. Gertraud Salzmann, Wendelin Mölzer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz und das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966 geändert wird (615 d.B.)

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Minister! Kolleginnen und Kollegen! Den vorliegenden Änderungen des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes könnte man im ersten Moment fast die Zustimmung erteilen. Diese Änderungen betreffen Pädagogen, die ein universitäres Lehramtsstudium nach alter Studienordnung absolviert haben, sich im alten Dienstrecht befinden und an den Neuen Mittelschulen unterrichten. Durch die von der Regierungsmehrheit im Hohen Haus beschlossene Abschaffung des Teamteachings wäre eine weitere Beschäftigung dieser Personengruppe unter den neuen Voraussetzungen allerdings nicht möglich, außer mit einem Sondervertrag, wie wir wissen. Circa 1 500 Pädagoginnen und Pädagogen sind davon betroffen.

Nun, Kolleginnen und Kollegen, durch die Abschaffung eben dieses von mir vorhin genannten Teamteachings im Bereich der – jetzt noch – Neuen Mittelschule betreibt die Regierung, betreiben Sie, Herr Minister, meiner Ansicht nach ein perfides Spiel mit diesen Pädagogen beziehungsweise auch mit den betroffenen Schülern und ihren Eltern. Frau Kollegin Salzmann hat in der Ausschusssitzung gemeint, ich zitiere: Die AHS-Standardform wird auch an der Mittelschule eingeführt. – Zitatende.

Ich frage Sie jetzt, Frau Kollegin Salzmann: Heißt das, dass z.B. für die KEL-Gespräche, die jetzt für die Mittelschule verpflichtend sind und die ich gut heiße, diese Verpflichtung wegfällt oder dass die Verpflichtung zu KEL-Gesprächen auch in der AHS-Unterstufe, für die dortigen Kinder und ihre Eltern, kommen wird?

Ich habe noch zwei Fragen an Sie, Herr Minister, und zwar: Wenn die Planstellen dieser 1 500 Kolleginnen und Kollegen auch nach der Novelle, die heute mit Regierungsmehrheit beschlossen werden wird, weiterbestehen. Werden diese 1 500 Planstellen weiterhin vom Bund bezahlt?

Nun noch eine Frage: Es gibt Kollegen, die im Rahmen der alten Studienordnung ein universitäres Lehramtsstudium begonnen haben, dieses Studium aber nicht abgeschlossen haben und trotzdem bereits jahrelang an NMS unterrichten. Werden sie weiter Beschäftigung finden, da sie bereits gute pädagogische Erfahrung gesammelt haben?

Eine weitere Kritik unsererseits ist, dass die Regierungsmehrheit im Ausschuss mittels Initiativantrag die Novelle zur Änderung des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes eingebracht hat. Meiner Meinung nach ist das insofern ein Fehler, ein demokratiepolitischer Fehler, da die Begutachtung seitens der Länder fehlt und es dadurch auch keine entsprechende Stellungnahme der Sozialpartner geben konnte. Es wurden auch die Gewerkschaft und die betroffenen Pädagogen nicht gehört.

Ich komme zum Abschluss, Kolleginnen und Kollegen: Diese Novelle ist in sich unausgegoren und entspricht nicht unserem Demokratieverständnis. Unter diesem Aspekt können wir dieser Gesetzesnovelle leider nicht unsere Zustimmung erteilen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

16.5.2019

TOP 2: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (593 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Weingesetz 2009 geändert wird (603 d.B.)

Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie und zu Hause vor den Fernsehapparaten! Das nationale Weingesetz wird heute aufgrund einer Regierungsvorlage ohne Not und Notwendigkeit mit Stimmenmehrheit novelliert und beschlossen werden – und das, obwohl wir weltweit eines der besten Weingesetze haben. Ich bedanke mich daher explizit sehr herzlich bei allen Winzern, auch bei den kleinen Winzerbetrieben, für ihre Arbeit im Weingarten, für ihre Arbeit im Weinkeller und auch für ihre Arbeit, was Vermarktung und Marketing betrifft. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kolleginnen und Kollegen! Dadurch wird auch Wertschöpfung in strukturschwächeren ländlichen Regionen geschaffen, bleibt Wertschöpfung in diesen Regionen. Daher nochmals ein herzliches Dankeschön.

Worum geht es eigentlich bei dieser Gesetzesnovelle? – Klar ist, dass, wenn es die regionalen Weinkomitees einstimmig beschließen, die Winzerbetriebe, die im Bereich Qualitätswein Flaschenabfüllung betreiben, in Zukunft auf der Etiketle nur den Namen des Bundeslandes und nicht mehr den Namen der Gemeinde beziehungsweise die Riedbezeichnung veröffentlichen dürfen, nur noch der Name des Bundeslandes bleibt ersichtlich.

Es gibt auch Aussagen, die lauten: Na ja, es bleibt ja ohnehin alles beim Alten. – Dann frage ich mich, wozu dieses Weingesetz überhaupt novelliert wird, wenn ohnehin alles beim Alten bleibt. Es besteht daher keine Notwendigkeit.

Kolleginnen und Kollegen! Im Rahmen der Begutachtung hat auch die Landwirtschaftskammer Österreich eine Stellungnahme abgegeben. Das geht aus dem Protokoll der Ausschusssitzung hervor. Nur findet man keine Inhalte dieser Stellungnahme. Frau Ministerin! Ich frage Sie, wenn Sie Ihr Zwiegespräch beendet haben *(Abg. Singer spricht mit Bundesministerin Köstinger an der Regierungsbank)*: Wo sind die diesbezüglichen Unterlagen, diese Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Österreich, oder haben Sie irgendetwas zu verbergen, zu verheimlichen?

Kolleginnen und Kollegen! Manche DAC-Regionen verlangen auch einen Aufpreis pro Flasche für die Mitgliedschaft beim DAC. Dadurch finanziert man natürlich bereits jetzt die zusätzliche Bürokratie.

Der Bauernbund und auch die FPÖ meinen, sie träten für die kleinen Leute, für den kleinen Mann, die kleine Frau, ein. Das, denke ich, ist nur Placebopolitik. Wenn Sie das tun wollen, dann setzen Sie, Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsparteien, die Untergrenze, um eine EU-Förderung im Weinbau zu bekommen, von 1,5 Hektar der bewirtschafteten Fläche

auf 1 Hektar herunter, denn dann beweisen Sie das, was Sie theoretisch sagen, auch in der Praxis!

Kolleginnen und Kollegen! Dieses DAC-Gesetz ist ein Anschlag auf die kleinen bäuerlichen Winzerfamilien, Winzerbetriebe, Frau Ministerin, ein Anschlag dezidiert auf die Nebenerwerbslandwirte, auch ein Anschlag auf die Direktvermarktung, auf die Regionalität. Es wird einfach in Zukunft verboten, wenn die regionalen Weinkomitees wollen (*Abg. Rosenkranz: Einstimmig!*), dass der Gemeindenname und auch die Riedbezeichnung auf der Etikette einer verkauften Flasche aufscheinen dürfen (*Abg. Rosenkranz: Einstimmig!*) – selbstverständlich, ich habe überhaupt kein Problem, Herr Kollege Rosenkranz, mit dem Wort einstimmig (*Abg. Gödl: Aha! Schon was von Basisdemokratie gehört?*) –, denn diese kleinen Winzerbetriebe und Nebenerwerbslandwirte haben ja ohnehin kein Stimmrecht in den regionalen Weinkomitees. (*Abg. Rosenkranz: Das stimmt ja nicht! Geh!*) – Selbstverständlich!

Dieses DAC-Gesetz, Kolleginnen und Kollegen, ist auch ein Anschlag auf das freie Bauerntum. Das lehnen wir Sozialdemokraten ab. Daher werden wir dieser Novelle des Weingesetzes nicht unsere Zustimmung erteilen. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

TOP 3: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag (171/A(E)) der Abgeordneten Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend mehr Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit für die kommende GAP-Förderperiode 2020+ (604 d.B.)

Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörer auf der Galerie und vor den Fernsehapparaten! GAP 2020+ ist insofern ein wichtiges Thema, als wir uns schon etliche Male damit beschäftigt haben, wie es mit der gemeinsamen Agrarpolitik nach der jetzigen Förderperiode in Österreich und in der Europäischen Union weitergeht. Diesbezüglich haben wir hier im Plenum beziehungsweise im Ausschuss auch schon mehrere Anträge eingebracht, die allerdings permanent von der Regierungsmehrheit vertagt wurden.

Die Regierungsfractionen haben für heute ebenfalls einen eigenen Antrag eingebracht. Er umfasst neun Punkte und ist aus meiner Sicht sehr oberflächlich gehalten, fast nichtssagend. Man könnte meinen, dass Selbstverständliches darin steht, wie zum Beispiel eine Aufforderung an die Regierung, zu arbeiten. Ich frage: Was sollte die Regierung sonst tun oder hat sie bisher nichts getan?

Kolleginnen und Kollegen! Der letzte Punkt dieses Antrages klingt fast wie Hohn, ich zitiere wortwörtlich: „Absicherung einer modernen europäischen Lebensmittelproduktion auf Basis des Vorsorgeprinzips, insbesondere im Bereich Pflanzenschutz und Tierwohl.“ Das würden wir natürlich alle zu hundert Prozent unterstreichen, aber die Realität sieht gänzlich anders aus.

Frau Ministerin! Sie sind zuständig für die Landwirtschaft, für die Umwelt. Genau das Gegenteil tun Sie bis jetzt, nämlich nichts. Sie unternehmen absolut nichts, damit zum Beispiel die Verwendung von Glyphosat und Chlorpyrifos gestoppt wird. Sie sind auf nationaler Ebene zuständig und dafür verantwortlich, dass diese Mittel in Verkehr gebracht werden, daher: Schieben Sie dem endlich einmal einen Riegel vor! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Regierungsparteien die Debatte ernst nehmen, dann lade ich Sie ein, unserem Antrag zuzustimmen. Wir wollen eines ganz klar: eine gerechtere, eine faire und auch eine sozialere Mittelverwendung in der kommenden GAP insofern, als wir natürlich auch dafür eintreten, dass beide Säulen erhalten bleiben, dass wir dafür eintreten, dass die Direktförderung in der ersten Säule auf 25 000 Euro gedeckelt wird, dass es für die ersten 20 Hektar pro Hektar 100 Euro mehr an Förderung gibt (*Zwischenruf des Abg. Kühberger*), dass auch die Arbeitskräfteeinsätze im Vergleich zur Flächenbewirtschaftung intensiver gefördert werden.

Wir treten auch dafür ein, dass der biologische Landbau stärker unterstützt und gefördert wird, obwohl wir da Europameister sind, aber wir müssen besser werden. Das Burgenland zeigt im Sinne der Biowende vor, wie es geht. Wir treten dafür ein, dass es ein Pestizidreduktionsprogramm gibt. Frau Ministerin! Auch da sind Sie chronisch säumig.

Wir treten für den Bienenschutz und für mehr Nachhaltigkeit ein. Die UNO-Studie vor einigen Tagen hat ergeben, dass sich eine Million Arten von acht Millionen Vögel und Insekten auf Nimmerwiedersehen von diesem Globus, von dieser Erde verabschiedet haben. Sie tun nichts dagegen. (*Abg. Kühberger: Sie wollen diesen Bereich kürzen!*)

Wir treten dafür ein, dass es im Bereich der zweiten Säule eine Stärkung der sozialen Dienste gibt, für Pflegemaßnahmen, für Kinderbetreuung, aber auch für den Ausbau des Breitbandinternet in ländlichen Regionen. Dafür sind auch Budgetmittel in der zweiten Säule, im Programm für ländliche Entwicklung vorgesehen. Was machen Sie aber bis jetzt? – So gut wie nichts.

Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen, die Steuerzahler in Österreich müssen darüber informiert werden, wie ihre Gelder im Bereich der zweiten Säule, der ländlichen Entwicklung, nachhaltig verwendet werden und Verwendung finden, auch in der zukünftigen GAP 2020+.

Daher fordern wir, dass dieser Bereich der ländlichen Entwicklung einem parlamentarischen Prozess unterzogen wird und dass es diesbezüglich auch einen entsprechenden Gesetzesbeschluss über die Mittelverwendung gibt.

Daher bringe ich folgenden Entschließungsantrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen zum Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft – (*in Richtung der mit Abg. Riemer sprechenden Bundesministerin Köstinger*) Frau Ministerin, ich glaube, das könnte Sie interessieren; wenn Sie Ihr Geschwätz beenden, könnten Sie mir vielleicht Ihr linkes Ohr leihen (*Zwischenruf des Abg. Strasser*) –, zum Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag 774 A(E) betreffend „Erhalt von kleinen und mittleren Familienbetrieben und Nebenerwerbsbetrieben, für mehr Regionalität und Direktvermarktung durch die GAP 2020+“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Verhandlungen zur Ausgestaltung der nächsten GAP-Periode 2020+ dafür einzusetzen, dass der Bezug von Direktzahlungen in Säule 1 der Gemeinsamen Agrarpolitik mit 25 000 Euro pro Betrieb gedeckelt wird und eine Umverteilungsprämie von 100 Euro je Hektar bis zu 20 Hektar pro Betrieb vorgesehen wird und eine stärkere Förderung der Regionalität und Direktvermarktung gegeben ist.“

Antrag im Volltext:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00171/imfname_685906.pdf

Frau Ministerin! Nehmen Sie sich ernsthaft vor, diesen Antrag, den ich hier eingebracht habe, umzusetzen, dann haben Sie uns als Partner. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

16.5.2019

TOP 7 – 9: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Petition (5/PET) betreffend "WOLF - AUSNAHMEREGLUNG Antrag gemäß "Fauna Flora Habitat - Artikel 16 b und c"', überreicht von der Abgeordneten Martina Diesner-Wais (608 d.B.)

Tatsächliche Berichtigung

Frau Präsidentin! Kollegin Diesner-Wais und Kollege Eßl haben behauptet, dass der Wolf bereits zwei Kinder angefallen hat. Ich berichtige tatsächlich: Es hat ein Hearing im Rahmen der letzten Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen stattgefunden, bei der Professor Klaus Hackländer auf die Frage, wie viele Kinder, wie viele Personen vom Wolf angefallen, ja sogar gefressen wurden – im Sinne des Märchens, der böse Wolf kommt (Heiterkeit bei Abgeordneten von SPÖ und NEOS) –, klar gesagt hat: Kein einziger Fall ist bekannt, weder in Österreich noch in Europa. (Beifall bei SPÖ, NEOS und JETZT)

Parlamentarische ANFRAGE

- https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/J/J_03425/imfname_749570.pdf

ANFRAGE

des Abgeordneten Erwin Preiner
Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend

Breitspureisenbahnverlängerung von Košice (SK) in den Raum Wien

Medienberichten ist zu entnehmen, dass die Basis und der Rahmen zur Realisierung der Verlängerung des transsibirischen Breitspur-Korridors (1520 mm Spurweite) aus der Ostslowakei in den Raum Wien und der Zusammenschluss mit den transeuropäischen Verkehrsachsen (1435 mm Spurweite) geschaffen werden soll.

Das Projekt beinhaltet die Errichtung eines Terminals und eines Logistikparks von mehreren hundert Hektar. Derzeit ist auch die Region Bruckneudorf/Parndorf als Standort dieses Terminals und Logistikparks im Gespräch. Weiters wird auf den Ministerratsvortrag 8/12 vom 16.2.2018 Bezug genommen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage

- 1) Wie stehen Sie zum Projekt „Anbindung Österreichs an das eurasische Breitspur-Bahnnetz“ über eine rund 400 Kilometer lange Neubaustrecke zwischen Bruckneudorf/Parndorf (Burgenland) und Košice (Slowakei)?
- 2) Ist aus Ihrer Sicht die Errichtung der Breitspurbahn von Russland nach Österreich notwendig?
- 3) Welche freien Güterverkehrskapazitäten bestehen im slowakischen Eisenbahnsystem?
- 4) Wo konkret soll Ihrer Meinung nach der Endpunkt des Projektes „Seidenstraße – Breitspurbahn“ liegen?
- 5) Unterstützen Sie das Projekt und dessen Umsetzung am geplanten Terminalstandort in der Region Bruckneudorf/Parndorf aufgrund der Nähe zu den Autobahnen A4 und A6?
- 6) Ist mit einer Zunahme des Schwerverkehrs auf der A4 und der A6 zu rechnen?
- Wenn ja, in welchem Ausmaß?
- 7) Welche konkreten Maßnahmen werden Sie unternehmen, um das Projekt und dessen Umsetzung zu unterstützen?
- 8) Erwarten Sie Auswirkungen auf die Wertschöpfung in der Region?
- Wenn ja, welche?
- 9) Welche Umwegrentabilität erwarten Sie?
- 10) Welcher Flächenbedarf besteht für den Logistikpark? Sind die notwendigen Bewilligungen bereits eingeholt?
- 11) Wurde mit den betroffenen Gemeinden in der Region Kontakt aufgenommen?
- 12) Haben Sie Natur-, Umwelt-, Landschaftsschutzexperten im Zuge des Projektes „Breitspurbahn“ eingebunden? Wie argumentieren die die Machbarkeit des Projektes?
- 13) Welche Auswirkungen erwarten Sie bei Realisierung des Projektes auf die nationale Umsetzung der Pariser Klimaschutzziele?
- 14) Was bedeutet das Projekt für die angrenzenden Naturschutzgebiete und insbesondere für den Nationalpark Neusiedlersee und den Nationalpark Donauauen?
- 15) Wie wird sich der CO₂-Ausstoß und die Feinstaubbelastung in der Region um den Terminal dadurch verändern?
- 16) Welche standort- und arbeitsmarktpolitischen Vor-/Nachteile sehen Sie bei der Realisierung des Projektes für die Region?

- 17) Wie hoch sind die Kosten der Republik Österreich für die Errichtung der Breitspurbahn?
- 18) Wer beteiligt sich sonst noch an der Finanzierung und in welchem Ausmaß?
- 19) Wie hoch sind die gesamten Errichtungskosten der Breitspurbahn?
- 20) Wie hoch schätzen Sie den wirtschaftlichen/volkswirtschaftlichen Nutzen dieses Projektes?
- 21) Bis wann sollte Ihrer Meinung nach, falls das Projekt realisiert wird, die Fertigstellung erfolgen?
- 22) Befürworten Sie das Projekt „Breitspureisenbahnverlängerung von Košice (SK) in den Raum Wien“ in der Region Bruck/Leitha / Bruckneudorf / Kittsee?
- 23) Wie bewerten Sie in Kenntnis der Stellungnahme des Landes Burgenland vom 7.1.2019 das Projekt „Breitspurbahn östlich von Wien - Staatsgrenze bei Kittsee“?
- 24) In den unter Umständen vom Projekt „Breitspureisenbahn“ betroffenen burgenländischen Gemeinden herrschen große Sorge und Ängste vor. Nehmen Sie diese Sorgen der Bevölkerung ernst und welche Schlüsse ziehen sie daraus?

PETITION des Abg.z.NR Erwin PREINER**STOPP ATOMSTROM
STOPP AKW MOCHOVCE**

**Das sicherste AKW ist das,
das erst gar nicht gebaut wird!**



Petition kann online unterstützt werden!

LINK: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/PET/PET_00025/index.shtml

PRESSEMELDUNGEN**APA/OTS**

26.04.2019

[Preiner: Das sicherste AKW ist eines, das gar nicht erst gebaut wird!](#)

Augenzeugen und Medienberichten zufolge gibt es gravierende Sicherheitsmängel und technische Mängel beim Ausbau der Reaktoren Mochovce 3 und 4, zirka 120 km von Österreich und der burgenländischen Grenze entfernt.

07.05.2019

[Preiner: Regierungsparteien schieben Glyphosatverbot auf lange Bank](#)

SPÖ-Agrarsprecher kritisiert „Ignoranz und Untätigkeit der Regierung“

09.05.2019

[Preiner: Geplante Weingesetz-Novelle benachteiligt kleine Weinbaubetriebe!](#)

„Und wieder stellt die türkis-blaue Bundesregierung Konzerninteressen an die Spitze ihrer politischen Arbeit“, kommentiert SPÖ-Agrarsprecher Erwin Preiner die geplante Weingesetz-Novelle. DAC-Gesetz neu! Ein Anschlag auf die kleinen Weinbaubetriebe und das freie Bauerntum.

14.05.2019

[Preiner: Glyphosat-Verbot jetzt! Wieder Urteil gegen Bayer/Monsanto](#)

SPÖ-Agrarsprecher fordert von Ministerin dringend Verbot des Giftes Glyphosat und des Nervengiftes Chlorpyrifos.

16.05.2019

[Nationalrat – Preiner: SPÖ fordert gerechtere und faire Mittelverwendung in der kommenden GAP-Förderperiode 2020+](#)

SPÖ-Forderung nach Begrenzung der Direktzahlungen für die Landwirtschaft auf 25.000 Euro pro Betrieb und Verbot von Glyphosat.

16.05.2019

[Nationalrat – Preiner: Neues Weingesetz benachteiligt Familienbetriebe und kleine Winzer](#)

Weitere Benachteiligung bei Etikettierung

FACEBOOK: <https://www.facebook.com/preinererwin/>
<https://www.facebook.com/erwin.preiner>

Einladung

Das Parlament ist nicht nur ein zentraler Ort der Politik. BesucherInnen können als Gäste auch live erleben, wie und wo Politiker arbeiten. Die Sitzungen des Nationalrates sind für Interessierte grundsätzlich öffentlich zugänglich.

Ich lade euch ein, das Parlament im Ersatzquartier in der Hofburg zu besuchen.

Termine der Plenarsitzungen: <https://www.parlament.gv.at/PAKT/TERM/SITZNR/>

Bei Interesse bitte eine eMail an office@erwinpreiner.at, damit ich die Verfügbarkeit von Galeriekarten zum geplanten Besuchstermin prüfen lassen kann.